

**Rede zur Verabschiedung des Kreishaushaltes 2010 am
11.03.201009 der Fraktion GRÜNE im Rhein-Erft-Kreis durch den
Fraktionsvorsitzenden Elmar Gillet**

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

meine Fraktionskollegin Doris Lambertz hat in ihrer Rede zum Haushalt 2009 das Prinzip der Nachhaltigkeit als Grundlage GRÜNER Politik ausführlich dargestellt. Der Haushalt entsprach weitgehend den Kriterien nachhaltiger Politik. Aus dieser Sicht heraus konnten GRÜNE den Haushalt mittragen. Der größte Teil GRÜNER Haushaltsforderungen hatte eine Mehrheit in diesem Hause gefunden. Ein Jahr später bereuen wir GRÜNE unsere Entscheidung nicht, wenn wir Bilanz über das vergangene Haushaltsjahr ziehen.

Die Bilanz beginnt mit dem Energiekompetenzzentrum: Es befindet sich in der Realisierung. Hier sind im Laufe des Jahres eine Reihe neuer begrüßenswerter Ideen hinzugekommen. Dieses Projekt wächst und wird in den nächsten Jahren unseren Energiekreis bereichern. Wir alle wissen, dass das Ende der Braunkohlennutzung - egal wie kritisch oder nicht man ihre Nutzung sieht - nur eine Frage der Zeit ist.

Die Braunkohle stellt schon für die Generation unserer Kinder keine Zukunftsperspektive der Energieversorgung mehr dar. Ist es da nicht logisch, dass sich Energiepolitik in unserem Kreis auf Techniken mit Zukunft konzentriert? Die sind unbestritten erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung.

Erlauben Sie mir deshalb an dieser Stelle eine kleine Anmerkung zur aktuellen Diskussion um CO₂, Klimaveränderung und Braunkohlenutzung: Selbst wenn sich nicht alle Prognosen zur Klimaerwärmung bewahrheiten. CO₂ ist nicht der einzige Stoff, der trotz bester Filterung den Kraftwerken entweicht. Stickoxide, Schwefeldioxid, Schwermetalle, radioaktive Stoffe sind Argumente genug gegen die Verlängerung der Braunkohlenutzung und erst recht gegen die Erschließung neuer Tagebaue.

Es gibt aber auch Dinge, die noch auf ihre Umsetzung warten, obschon sie im letzten Haushalt beschlossen wurden.. Wir GRÜNE wissen, dass nicht alles von heute auf morgen geht, aber bei den Punkten Waldvermehrung und Dachflächenkataster für die Nutzung von Solarenergie könnte es zügiger vorangehen. Diese Sachen müssen jetzt endlich konkret angepackt werden. Die Zeit drängt, wenn wir die Klimaschutzziele der Bundesregierung ernst nehmen.

Wenn wir immer wieder noch Platz für neue Straßen finden, sollte das Finden von Flächen für die Waldvermehrung nicht unmöglich sein. Es muss ja nicht immer der Quadratkilometer große Wald sein. Gerade auch

kleinere Waldflächen, früher nannte man dies poetisch Hain, helfen Pflanzen und Tieren als Schutzgebiete. Ganz ohne Zweifel gewinnt das Landschaftsbild enorm: Ehrlich gesagt glaube ich nicht, dass hier jemand im Kreistag große monotone landwirtschaftliche Flächen, deren einzige Erhebung Hochspannungsmasten bilden, als landschaftliche Schönheiten betrachtet.

Wir haben unseren Antrag auf zusätzliche Mittel für Waldvermehrung in diesem Haushalt zurückgezogen, nachdem Sie, Herr Landrat glaubhaft versichert haben, dass sich hier durch Förderungen aus EU Mitteln und der Provinzialstiftung einiges realisieren lässt. Wenn wir auf diesem Wege die gesetzten Ziele zur Waldvermehrung trotz angespannter Haushaltslage erreichen, verschließen wir GRÜNE uns nicht einer solchen Lösung. Wir erinnern deutlich an das im letzten Jahr vom Kreistag beschlossene Ziel: Die Waldvermehrung soll 20 ha im Jahr betragen. In den Kennzahlen des Haushaltentwurfes und der mittelfristigen Finanzplanung war dieses Ziel nicht zu finden. Hier könnte die Verwaltung schon etwas gewissenhafter mit der Einarbeitung von Beschlüssen des Kreistages in die Haushaltsplanung sein. Wir werden hier sehr wachsam sein.

Ebenso warten wir noch auf die Umsetzung der Erkenntnisse aus der Klimastudie des Wuppertal Institutes zum Klimaschutz in der Kreisverwaltung. Eine erfolversprechende Möglichkeit hierbei ist das Energie Contracting, welches wir mit diesem Haushalt beschließen. Energie Contracting ist nicht nur ein Finanzierungsmodell, das der Finanzpolitik des Kreises Rechnung trägt, sondern ein vom Umweltbundesamt und von der „Deutschen Energieagentur“ als höchst effizientes Mittel zur Energieeinsparung bewertetes Instrument – bei richtiger Anwendung.

Mit diesem Haushaltjahr geht die Neuausrichtung der Verkehrspolitik in die entscheidende Phase. Kein Thema war in den letzten Monaten politisch so umstritten wie die Organisation des Nahverkehrs. Ich hätte mir gerne mehr Nüchternheit in der Diskussion gewünscht. So wie jetzt kann es nicht mehr weitergehen.. Die EU Richtlinie 1370 aus 2007 zwingt uns, ob wir wollen oder nicht, Strukturen zu ändern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind mit einer klaren Vorstellung der Ziele, wie ÖPNV auszusehen hat, in die Diskussion gegangen. Wir waren und sind, was die genaue Ausgestaltung der dazu nötigen Strukturveränderungen angeht, nach wie vor offen. Aber unsere Ziele sind klar: Die Busverbindungen müssen schneller werden. Seit sage und schreibe 1996 harren hier vernünftige Vorschläge der Umsetzung. Wenn Sie mir jetzt wieder erzählen wollen wie toll doch der ÖPNV hier im Kreis ist, wiederhole ich gerne meine Einladung: Nehmen Sie sich mal morgens Zeit, mit mir von Wesseling ins Kreishaus mit dem Bus zu fahren. Das geht, aber dreieinhalb Stunden Zeit müssen Sie sich schon mitbringen.

Die Schnellverbindungen können nur Schnellverbindungen sein, wenn sie nicht vorrangig zur Erschließung innerhalb der Kommunen dienen. Jede Milchkanne kann nicht durch den Kreis bedient werden.

Um Missverständnissen vorzubeugen, betone ich hier, dass die Nahverkehrsplanung eng zusammen mit den Kommunen erfolgen muss, aber es ist die originäre Aufgabe des Kreises, die Verkehrspolitik im allgemeinen Interesse zu gestalten. Ich sage Ihnen: Milchkannen, Kirchturmspitzen und geistige Stadtmauern dürfen nicht bestimmen, wo es langgeht, und dies im wörtlichen wie im übertragenen Sinne.

Natürlich brauchen wir hierfür eine Aktualisierung der Netzplanung, deshalb haben wir erfolgreich beantragt, die Mittel für die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes bereits in diesem Haushalt einzustellen. So kann zügig mit der Weiterentwicklung begonnen werden. Das Gutachten zur Kreisverkehrsgesellschaft wird uns die nötige rechtliche Beratungsgrundlage liefern, was mit der existierenden Gesellschaft geschehen kann. In der jetzigen Form geht es nicht weiter.

Wir GRÜNE halten unsere inhaltliche Kritik an der Arbeit der REVG aufrecht. Eine Verkehrsmanagementgesellschaft, die Fragen nach der Betriebssicherheit dem beauftragten Unternehmen weiterreicht und nicht auf eigene Kontrollmechanismen verweisen kann, darf hierfür kritisiert werden. Es ist alles andere als völlig natürlich, dass eine Verkehrsmanagementgesellschaft nur Buskilometer bestellt und sonst für nichts zuständig ist, weil man nur manage.

Dies war, liebe Kreistagskolleginnen und -kollegen, die abstruseste, an den Haaren herbeigezogene Begründung, die mir in meiner über 25-jährigen kommunalpolitischen Tätigkeit begegnet ist. Management umfasst auch das Wissen darum, wie vergebene Aufträge ausgeführt werden. Dies kann dann nicht auch noch dem Auftragnehmer überlassen werden.

Wenn dann noch auf der Internetseite der REVG zu lesen ist:

„Wichtige Aufgaben der REVG sind:

- Planung und Durchführung des Buslinienverkehrs im Rhein-Erft-Kreis
- Qualitätsüberwachung im Linienverkehr
- Flächendeckende Einführung des AST
- Vertriebspartner der Schulträger im Rhein-Erft-Kreis
- Aktive Beteiligung am Landesprogramm Qualität, Sicherheit und Service im ÖPNV
- Dienstleister & Berater für Kommunen und Aufgabenträger“

wird es vollends deutlich, dass es nicht wir GRÜNE sind, die nichts von Verkehrspolitik verstehen. Ich glaube eher, da gibt es Verkehrspolitiker, die nicht mal wissen, was die öffentlich bekundeten Ziele der Gesellschaft sind. Mit Verlaub: Das ist peinlich!

Deshalb brauchen wir im Rhein-Erft-Kreis eine Instanz in der Kreisverwaltung, die die Qualität und die Umsetzung politischer Beschlüsse im Verkehrsbereich unabhängig von ökonomischen Interessen ausführender Unternehmen überwacht. Eine solche Stelle ist für diesen Haushalt vorgesehen. Eine solche Stelle ist übrigens Mittel und nicht Ziel ökologischer Verkehrspolitik. In diesem Zusammenhang besteht für GRÜNE auch kein Berufsverbot. Wem dies nicht passt und zum populistischen Argument der Parteibuchwirtschaft greift, sollte prüfen, ob er dabei nicht im Glashaussitzend mit Steinen wirft. Ich lade Sie alle gerne zu einer öffentlichen, wenngleich anonymen, Parteibuchzählung von leitenden Beamten und Angestellten der Verwaltung ein. Da sind einige Parteibücher über die statistische Wahrscheinlichkeit hinaus vertreten!

Aber wieder zum Haushalt gesprochen: Diese Kreisverwaltung muss sich den Veränderungen unserer Gesellschaft stellen. Eine langfristige und nachhaltige Personalentwicklung ist hierfür notwendig. Wir halten es für falsch, dass für die Personalentwicklung nicht der letztjährige Ansatz bereitgestellt wird, sehen aber im vorgeschlagenen Trai-neeprogramm eine weitere Perspektive und denken, dass dies die von uns gewünschte Zielrichtung der Personalentwicklung stützt.

Wir bedauern, dass unser Antrag, ergänzende Schulsozialarbeit an den Berufskollegs einzurichten, wiederholt keine Mehrheit gefunden hat. Diese zusätzlichen Stellen würden den Berufskollegs eine bedeutsame Stütze bei ihrer Arbeit mit und für die Schülerinnen und Schülern bieten, die durch das Netz der Regelschulen gefallen sind und an den Berufskollegs ihre letzte Chance auf einen Schulabschluss und auf eine Berufsvorbereitung haben. Bedenken Sie, die Berufskollegs sind die letzte Institution, die die Chance der Intervention und Hilfe vor dem möglichen Herausfallen aus unserer Gemeinschaft bietet. Schülerinnen und Schülern, denen wir hier einen Weg ermöglichen, werden dann mit geringerer Wahrscheinlichkeit Klienten von anderen Institutionen werden. Ich denke, hier sollten wir nochmals in die Diskussion einsteigen.

Mich persönlich hat es ganz besonders gefreut, dass unser Antrag eine breite Mehrheit fand, 5000 EURO für die Förderung von populärer Musik bereitzustellen, nachdem im letzten Haushalt noch ähnliche Forderungen abgelehnt wurden. Wer in unseren Kreis schaut und auch in ihn hinein-hört, wird eine lebendige Pop- und Rockmusikszene finden. Hier ist in den letzten Jahren etwas sehr Positives entstanden. Einige Konzertveranstaltungen haben überregionale Bedeutung erreicht. Der einen oder anderen Initiative nun etwas unter die Arme zu greifen, ist der richtige Schritt. Das bringt die Initiativen weiter, bedeutet aber auch wohlverdiente Anerkennung.

Wir begrüßen sehr, dass zusätzliche Mittel zur Umsetzung des Gewalt-schutzgesetzes bereitgestellt wurden. Die wichtige Arbeit in diesem Be-

reich verdient unsere volle Unterstützung im Sinne der betroffenen Menschen und insbesondere der von Gewalt betroffenen Familien.

An dieser Stelle möchte ich anmerken, wie entsetzt wir GRÜNE über die öffentliche Diskussion zum neuen Frauenhaus sind. Natürlich darf in einer Demokratie über alles kontrovers diskutiert werden. Ein Standort eines Frauenhauses gehört aber nicht in die öffentliche Diskussion. Der Skandal an dieser Diskussion waren auch nicht allein die Argumente der Anwohner, die von billigen Vorurteilen geleitet waren, sondern der Bruch der Verschwiegenheit über den Standort des neuen Frauenhauses durch Mitglieder des Kreistages oder des Rates der Stadt Kerpen. Herr Landrat, Sie haben in der Vorlage zum heutigen Tagesordnungspunkt 6 auf mögliche strafrechtliche Konsequenzen hingewiesen, wenn durch die Verletzung der Verschwiegenheit Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Hier steht im Zweifelsfalle sogar das Recht auf körperliche Unversehrtheit auf dem Spiel. Wir erwarten, dass Sie auch hier tätig werden.

Bei Fragen nach Warnschildern vor „Kriminalitätszonen“ oder den Möglichkeiten der Einsetzung von Bürgerwehren in Bergheimer Stadtteilen erwarten wir von Ihnen als den Repräsentanten des Rechtsstaates in unserem Kreis eine klare Positionierung dagegen. In einem demokratischen Rechtsstaat ist kein Platz für Bürgerwehren. Wer dies fordert steht nicht auf dem Boden unserer Rechtsordnung.

Unser Fazit lautet: Die Mehrzahl der GRÜNEN Anträge hat im Kreisausschuss Zustimmung gefunden. Der Haushalt genügt dem Prinzip der Nachhaltigkeit.

Wir werden dem Haushaltsentwurf gemäß des einstimmigen Beschlusses unserer Fraktion zustimmen!

Am Ende meiner Rede möchte ich mich bei allen Fraktionen des Kreistages und der Gruppe der Freien Wählern für die gute Zusammenarbeit bedanken. Der Stil in diesem Hause ist trotz aller Kontroversen mit nur wenigen Ausnahmen kooperativer geworden. Ich hoffe, wir alle behalten nun auch im Landtagswahlkampf die Nerven und bleiben bei einer fairen Auseinandersetzung in den Sachfragen ohne persönliche Angriffe.

Unser Dank gilt natürlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung, bei denen ich mich hiermit herzlich bedanken darf. Insbesondere natürlich bei Herrn Weitfeld und seinen Kolleginnen und Kollegen in der Kämmerei, wir wissen, dass nun arbeitsreiche Wochen hinter ihnen liegen.

Wir hoffen natürlich, dass der Haushalt hält und keine Haushaltssperre in diesem Jahr erfolgen muss.

Ich danke Ihnen!